

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 240 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgelbte Kleinzeile 120 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einbindung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

Sonnabend, den 24. Februar 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Gesperri“, „Streit“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrennotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperri:

In Bremen, die Grabsteingehäute von Traupe, Eggert, Kiedel, Kurt und Winter. In Dramburg, Betrieb Kerius. In Jagfeld, Betrieb August Hillenmeier. In Dortmund familiäre Betriebe der Grabmal- und der Bausteinergewerbe. In Leer (Ostfriesland) die Arbeitsplätze von Nanninge und Karl Kempen.

Streit:

In Leipzig, (Marmorarbeiter). In Marktzeuthen (Firma Gebr. Bates). In Halle (Masch. Gellert u. Co.).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Diegitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von Vaderborn (Firma Gebr. Spalhoff). Von Beckum in Westfalen (Firma Jol. Einnemann). Von Duisburg und Umgebung. Von Brieg, Bez. Breslau.

Schweiz, Kreuzlingen, Betrieb Sauter (Marmorindustrie) sucht in Deutschland Arbeitskräfte. Nicht darauf hereinfallen.

Rettet den Wohnungsbau.

II.

Die Reichsregierung hat in ihrer Vorlage an den Reichstag der Auffassung Ausdruck gegeben, daß das vom Unterausschuß aufgestellte Wohnungsbauprogramm von 100 000 Wohnungen nicht ausführbar sei. Sie begnügte sich, wie im vorhergehenden Artikel bemerkt, mit einer Vorlage, die nach dem heutigen Preisstande den Neubau von etwa 3500 Wohnungen gewährleisten würde. Bei dieser Einschränkung des Bauprogramms ging die Reichsregierung von der Erwägung aus, daß der Mieterschaft eine höhere als eine fünfzehnfache Friedensmiete als Wohnungsbaubehalt nicht zugemutet werden könne.

Mieter, vor Feinden, müßt ihr euch selber helfen. Haltet euch aber auch an die eigenen Forderungen. Haltet euch an die wirtschaftlichen Interessen, die sich vor einer unbeschränkten Mietspreiserhöhung erheben, um nicht auf dem Umweg über die freie Wirtschaft die zweitausendfache Mietsrate aus den Taschen zu ziehen. Laßt euch nicht durch Zahlen täuschen. Wie liegen die Verhältnisse? Als der Reichstag am 6. März 1922 die Wohnungsbaubehalt auf 50 Prozent der Friedensmiete festsetzte, da stand der Dollar auf 261. Heute hat er die 130fache Steigerung erreicht. Die Baustoffpreise sind vom 1. März 1922 bis zum 1. Februar 1923 um das 60 bis 70fache gestiegen. Eine Wohnungsbaubehalt von 50 Prozent der Friedensmiete beträgt etwa 200 Mk. Dieser Betrag vom 6. März 1922 bedeutet heute nichts anderes als 14 000 Mk. oder das 35fache der Friedensmiete. Die 15fache Friedensmiete, die die Reichsregierung vorschlägt, ist also keine Steigerung, sondern eine wesentliche Minderung der Abgabe gegenüber der Zeit vom März 1922. Nur wollen wir aber einmal annehmen, daß der durchschnittliche Reallohn eines Arbeiters nur 30 Prozent des Friedenslohnes beträgt. Ein Frieden müßte der Arbeiter etwa 20 Prozent seines Einkommens für Wohnungszwecke aufwenden. Bei gleichbleibender Belastung müßte demnach der Arbeiter heute etwa 6 Prozent seines Einkommens für den Wohnungsaufwand hergeben. Das Durchschnittliche Einkommen eines Arbeiters soll bei 450 Mk. Stundenlohn und 2100 Arbeitsstunden im Jahre, am 1. Februar rund eine Million betragen. Nach obigem Ansatz könnte er von seinem Einkommen 60 000 Mk. für Wohnungszwecke aufwenden, ohne stärker belastet zu werden als im Frieden. Sofern die Friedensmiete 400 Mk. im Jahre betragen hat, und die Belastung des Mieters nach dem Reichsmietengesetz allein die 50fache Friedensmiete ausmacht, hätte der Mieter 20 000 Mk. für laufende Mietausgaben zu zahlen und 40 000 Mk. oder die 100fache Friedensmiete zur freien Verfügung. Wir wissen, daß diese Rechnung sehr einfach ist und mit Einwänden mancher Art belegt werden kann. Wir wissen aber auch, daß eine 60fache Friedensmiete als Wohnungsbaubehalt nicht nur keine unbillige Forderung ist, sondern daß diese Abgabe eine Versicherung und ein Schutz gegen eine 2000fache Mietssteigerung darstellt, die der Mieter und Arbeiter zahlen muß, wenn er gemeinwirtschaftliches Kapital für den Wohnungsbau nicht bereitstellen will.

Welches Bauprogramm können wir nun mit einer 60fachen Friedensmiete durchführen? Eine Kleinwohnung wird am 1. Februar etwa 20 Mill. Mark, und am 1. März vielleicht 40 Mill. Mark kosten. Nach dem Preisstand vom 1. Februar d. J. ließen sich mit einer 60fachen Friedensmiete etwa 15 000 Wohnungen bauen, gegenüber 200 000 Wohnungen, die Deutschland vor dem Kriege gebaut hat, und gegenüber anderthalb Millionen Wohnungen, die heute in Deutschland fehlen.

Man kann nun einwenden, daß eine derart geringe Zahl von Wohnungen den Kostendruck nicht lindern wird und den Aufwand nicht rechtfertigt, der mit der Wohnungsbaubehalt verbunden ist. Die Mieterschaft muß eine solche Schlussfolgerung aber ablehnen, wenn sie wirtschaftliche Fragen wirtschaftlich beurteilt, wenn sie vor allem gemeinwirtschaftlichen Gedankengängen folgen will. Die 200 000 Wohnungen, die Deutschland vor dem Kriege baute, wurden auch aus den Arbeitserträgen der Lohn- und Gehaltsempfänger gebaut. Diese waren es, die das Baukapital erarbeiteten, die neubauten Wohnungen verzinsten und tilgten. Aus den obigen Zahlen kann man daher nur den Schluss ziehen, daß wir

1. von einer gemeinwirtschaftlichen Leistung noch weit entfernt sind und unsere Leistung darum steigern müssen, um die Vermögensfrage der gemeinwirtschaftlichen Bautätigkeit der Nachkriegszeit einzulösen;

2. die Verzerrung des deutschen Volkes in Rechnung stellen müssen;

3. mit allen Kräften an einen Abbau der Baustoffpreise und an einer rationellen Gestaltung des Baumarktes zu arbeiten haben.

Wir wissen wohl, daß dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreichbar ist, und wir sind darum verpflichtet, noch nach andern

Mitteln und Wegen zu suchen, um mehr Mittel für den Wohnungsbau heranzuschaffen.

Welche Mittel und Wege sind dieses? 1. Teilweise Kapitalisierung der Wohnungsbaubehalt. Das Reich wird aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen verpflichtet sein, den Ländern und Gemeinden erhebliche Reichskredite zur Verfügung zu stellen, die aus der Wohnungsbaubehalt mit etwa 12 Prozent verzinst und mit 10 Prozent getilgt werden. Nehmen wir an, daß 25 oder gar 50 Prozent der Wohnungsbaubehalt auf diesem Wege kapitalisiert werden, dann ließen sich mit 60facher Friedensmiete nicht 15 000, sondern 28 000 bzw. 42 000 Kleinwohnungen erbauen. Aber auch mit dieser Zahl sind die 100 000 Wohnungen, die wir uns als Programm gestellt haben, noch nicht erreicht. Wir müssen zu weiteren Mitteln greifen.

2. Arbeitgeberzuschüsse. Die starke Belastung der Arbeitnehmer rechtfertigt nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich eine stärkere Heranziehung der Arbeitgeber. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen reichen nicht hin, um die Arbeitgeber für den Wohnungsbau heranzuziehen. Ein Reichsgesetz muß darum die Arbeitgeber verpflichten, eine vom Reich herauszugebende Wohnungszwangsanleihe zu zeichnen, die vorläufig unverzinst bleibt, aber wertbeständig ist und nach einem bestimmten Index im Wert steigt und fällt. Die Zwangsanleihe ist vom Bauherrn dem Reich gegenüber sicherzustellen durch hypothekarische Eintragung an zweiter Stelle hinter der Wohnungsbaubehalt. Die Anleihe kann wertbeständig sein, weil sie durch Sachwerte gedeckt ist. Wenn jeder Arbeitgeber für jeden Arbeitnehmer einen Wohnungszwangsanleihebetrag zeichnet, der einem zweitägigen Arbeitsertrag gleichkommt, dann dürften nach dem Lohnstande vom 1. Februar etwa 120 Milliarden Mark auf diesem Wege einkommen. Für diesen Betrag ließen sich etwa 6000 Wohnungen bauen. Aber auch diese Mittel reichten nicht hin. Wir müssen zu weiteren Maßnahmen greifen.

3. Ledigen-Sparanleihe. Die Heranziehung der Einkommen der Ledigen für den Wohnungsbau bedarf keiner besonderen Begründung. Schätzen wir die Zahl der in Betracht kommenden Ledigen auf etwa drei Millionen und nehmen wir an, daß jeder Ledige mindestens drei Prozent seines Einkommens für eine wertbeständige Wohnungszwangsanleihe zwangsläufig zu zeichnen hat, dann haben wir mit einem Betrag von etwa 60 Milliarden Mark zu rechnen. Für diesen Betrag ließen sich 3000 Wohnungen bauen. Die Ledigen-Wohnungszwangsanleihe könnte vom Reich unter den gleichen Bedingungen herausgegeben werden wie die Arbeitgeber-Zwangsanleihe. Sie würde sofort unverzinst, aber wertbeständig sein und dürfte im Ausnahmefalle dem Ledigen einen Anspruch auf eine Wohnung verschaffen.

4. Heranziehung der Umsatzsteuer für den Wohnungsbau. Es ist vielfach der Vorschlag gemacht worden, die Baustoffe für den Wohnungsbau dadurch zu verbilligen, daß die Baustoffindustrie gezwungen wird, auf dem Umlagewege für den Wohnungsbau billigere Baustoffe zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag ist auf den ersten Blick sehr einleuchtend, praktisch aber unausführbar und mit Widerständen verknüpft, die eine Verwirklichung des Gedankens in die weite Ferne schieben. Die Durchführung des Umlageverfahrens ist in erster Linie davon abhängig, daß die baustoffherzeugende Industrie zu Verkaufszwecken zusammengeschlossen ist. Dieser Zusammenschluß trifft aber nur für einige wenige Industriezweige zu. Zu dem kommt, daß das Umlageverfahren zwei Preise in die Wirtschaft einführt, die naturgemäß dem Schieber- und Buchertum ein weitgehendes Tätigkeitsfeld eröffnen müssen. Es sind keine guten Freunde des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau, die die Verbilligung der Baustoffe auf dem Wege der Umlage erstreben. Der gemeinnützige Wohnungsbau würde in der Öffentlichkeit bald diskreditiert sein, was vom Hausbesitz und dem privaten Baugewerbe schon seit Jahren mit allen Mitteln erstrebt wird.

Der Gedanke der Umlage ist aber weit gerechter, einfacher und billiger auf dem Wege der Umsatzsteuer zu verwirklichen. Die Baustoffe des Baumarktes wären mit einer zusätzlichen Umsatzsteuer von etwa zwei Prozent zu belegen, die beim bauausführenden Gewerbe erhoben werden und von diesem an das Reich abzuführen sind. Nach dem Preisstande vom 1. Februar wird der Jahresumsatz an Baustoffen auf dem gesamten Baumarkt auf etwa fünf Milliarden Mark zu schätzen sein. Von dieser Summe entfallen aber nicht einmal 20 Prozent auf den bezugsuchten Wohnungsbau. Die Belastung, die eine zusätzliche Umsatzsteuer von zwei Prozent dem Baustoffmarkt bringt, wird in erster Linie die Landwirtschaft und Industrie, sowie das Luxusgewerbe zu tragen haben, das nach dem Kriege der weitaus stärkste Auftraggeber auf dem Baumarkt war.

Man kann der Erhöhung der Umsatzsteuer das Bedenken entgegenhalten, daß die Erzeuger und Händler diese Steuer wieder auf die Arbeitskraft abwälzen werden. Dieser Einwand ist aber für den Baustoffmarkt nicht stichhaltig, weil die Landwirtschaft sowohl als auch die Industrie nicht deshalb gebaut haben, um die Produktion zu steigern, sondern überwiegend deshalb, um sich Sachwerte anzulegen und um Gewinne zu verdienen. Die zusätzliche Umsatzsteuer würde darum eine Belastung der Sachwertbesitzer darstellen und somit einen sozialen Zweck erfüllen.

Die zusätzliche Umsatzsteuer auf Baustoffe in Höhe von zwei Prozent würde etwa 100 Milliarden Mark Brutto bringen. Von diesem Betrage hätten wir aber äußerstenfalls nur 20 Prozent abzuziehen, die auf die Baustoffe industrieller, landwirtschaftlicher und gewerblicher Bauten belastet werden, ständen als zusätzliche Mittel für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung. Dieser Steuerbeitrag könnte vom Reich gleichfalls mit etwa 22 Prozent kapitalisiert werden und brächte dann dem bezugsuchten Wohnungsbau ein Baukapital von etwa 360 Milliarden Mark, aus dem sich 18 000 Wohnungen erbauen ließen.

Zusammenstellung.

Nach den obigen Anregungen würden gebaut werden können:

aus der Wohnungsbaubehalt	42 000 Kleinwohnungen
aus Arbeitgebersparanleihen	6 000
aus der Ledigen-Sparanleihe	3 000
aus der Baustoff-Umsatzsteuer	18 000
Insgesamt	69 000 Kleinwohnungen

Sofern die Wohnungsbaubehalt jedoch nur mit 25 Prozent statt mit 50 Prozent kapitalisiert wird, hätten wir nur mit einem Bau von 57 000 Wohnungen zu rechnen.

Zu dieser Zahl von Wohnungen kommen dann noch die aus der Kohlensteuer zu bauenden Bergmannswohnungen, ferner die Wohnungen, die die Arbeitgeber auf eigene Rechnung bauen, hinzu. Zu berücksichtigen ist auch, daß einzelne Gemeinden heute bereits

höhere Zuschläge zur Wohnungsbaubehalt hergeben, und daß einzelne Bauherren aus eigenem Vermögen Zuschüsse zum Wohnungsbau leisten. Sofern die Reichsregierung und die Regierungen der Länder die von uns unten angeführten Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffmachers wirklich ernsthaft betreiben, siehe sich sicher die Wohnungsproduktion um 10 bis 20 Prozent steigern.

Alles in allem wird man annehmen können, daß wir bei konsequenter Verfolgung der obigen Pläne mit einem Wohnungsbauprogramm von 100 000 Wohnungen rechnen können.

Angeichts der unaufhaltsam dahinschreitenden allgemeinen Preiswelle und der ungeheuren Steigerung der Baukosten wurde eine Reihe führender Gemeinwirtschaftler von Tag zu Tag pessimistischer gestimmt. Sie gaben bereits von Person zu Person der Auffassung Ausdruck, daß die gemeinwirtschaftliche Finanzierung des Wohnungsbaues sich auf die Dauer nicht werde halten lassen. Dieser Schwachmachers entgegengetreten, das war der Zweck einer Konferenz, zu der sich die auf gemeinwirtschaftlichem Boden stehenden Minister, Referenten und Abgeordneten der Reichs-, Landes- und Stadtparlamente, sowie die Vertreter der Mieterschaft, der Gewerkschaften und des Verbandes sozialer Baubetriebe am 24. Januar 1923 im Reichstag zusammengefunden hatten. Die Konferenz beschloß, sämtliche Vertreter der Reichs-, Landes- und Stadtparlamente darin zu verpflichten, daß sie mit aller Energie gegen den Baustoffmacher vorzugehen und — sofern die Reichsregierung die nötigen Garantien schafft, daß die Wohnungsbaubehalt der Mieterschaft nicht in das Danaidenfaß fließt — für eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsbaubehalt eintreten. Einmütig kam auch zum Ausdruck, daß das Reich dem Kleinwohnungsbau umgehend mit größeren Krediten beizutreten müsse, damit der Baumarkt nicht lahmgelegt wird und die gemeinnützigen Bauherren die Vorbereitungen für die kommende Bautätigkeit treffen können.

Aufgabe unserer Leser wird es sein, den obigen Gedankengängen in gemeinwirtschaftlichen Kreisen, insbesondere in den Versammlungen der Mieterschaft weiteste Verbreitung zu sichern und die Einheitsfront vorzubereiten, die für den Kampf gegen unerlöste Steigerung der Baustoffe unerlässlich ist.

Aus den Zahlstellen.

Seebach. Auf den Bericht in Nr. 6 sendet uns der im Bericht erwähnte Firmeninhaber Joh. Lehnerer eine Berichtigung und ersucht um Berichtigung auf S. 11 des Preissehens um Aufnahme. Es ist die Berichtigung über den zulässigen Namen hinzugefügt. Wir sind imstande, die Änderung zum Ausdruck zu bringen, denn das Gesetz schreibt vor, daß an einer Berichtigung nichts geändert werden soll. Zur besseren Verständigung haben wir nur Punkt und Komma eingefügt.

Am 15. Januar war von den Betriebsrat eine Bundesversammlung anberaumt, zu der ich eingeladen war, derselbe erklärte, es sei jedem das Kostgeld zu viel.

Ich habe mich zum Wort gemeldet und gefragt, wie sie das machen wollten, ich lenne keinen andern Ausweg, als das zu zahlen, was es kostet, die Preise jeden Tag steigen, verdient ist nichts.

Es folgten dann die Wortführer Ludwig Lauffer, Josef Meß und Josef Lob. Diese führten aus, die Köchin wäre im Sommer im Hotel Mummelsee in Urlaub gewesen, hätte mit den Hundsterrum geworfen, auch hätte sie schon Butter aufgestrichen, man hätte auch schon gegeben, das Weisbrot Gebaden hat, den Tag zwei mal gesperri; so wie es hier zu geht, wäre es nirgends und wir müssen es bezahlen. Die Köchin sollte sich Zigaretten zulegen und verkaufen das da was verdient, nicht aber am Kostgeld. Selbstverständlich war es dann bei mir rum, habe sie dann Pfundhummel gegeben, hätte sie aber Zeinuer an die Stelle geföhrt.

Letzteren habe ich gelagt: Bauer in Niederbayern ausgerieken ohne abgebeutelt, sie möchten sich schämen bis 10 Uhr ins Bett liegen und dann zu 5 auf einem Haufen zusammenliegen und an einer Zigarette rauchen, dann können sie das Kostgeld bezahlen, nicht das mit dann, wenn die Frau zum Schulden machen gezwungen wäre, dann müßte sie den Betrieb zahlen was uns nicht einfällt, oder es solle ein jeder hingehen wo er das Essen umsonst bekommt. Habe ich den Speisefaal verlassen.

Was die Kaufkraft anbelangt das wäre kein Wunder. In den Satz: „der Kantinwirtin eine Existenz zu verschaffen habe ich 1 Tag das Kochen eingestellt, meine Arbeiter wüßten jetzt, für wenn das die Köchin da ist, es wäre auch die Küche zugeblieben, aber es können die allermeisten nichts dazu, denn es sind nur die oben genannte und die haben weite gestuft.“

Zu diesen Satz möchte ich noch bemerken, das die genannte Köchin den am 14. November 1922 verstorbenen Steinhauer Michl Finlofer seine Frau ist und mit ihm der der Fürsorgestelle Aghern zugeweiht wurde; es ist das den Betriebsrat bekannt durch ein Schreiben; warum hat den dieser da nicht eingelerien oder wer wäre denn da eigentlich verpflichtet, für die Frau eines Organisierten Kollegen zu sorgen?

Mein voller Geldsack kostet demnächst 10 Millionen Zins. Was von Gauleiter Siefert das ist nicht war, der wollte nicht haben, das die Kleinunternehmer aus dem Boden wachsen wie die Pilze. Beilagt habe ich mich einmal bei ihm, das die Arbeiter die Zulage jedesmal einstecken wollen, die Kost soll aber nichts kosten!

Es heißt dann: „den Steinmetzverband und seine Mitglieder sich zu achten“ hätte ich vergesen. Ich frage: wer kann mir nach sagen, das ich je über den Verband oder in einer Lohnverhandlung etwas der artiges ausgelagt? Ich lüge niemand! Mein Handwerk kann ich nicht vergessen, weil ich jeden Tag den Schlegel schwingen, und es braucht sich keiner schämen, wenn er nicht so viel fertig bringt wie ich.

Die Schimpfwörter. Der Käufer hat im vorigem Jahre 1 Hufe von meinen Teilhaber Köppel, dieses Jahr von meinem Aufseher geschenkt bekommen, keinen Schuß nichts. Der Metz ist seit vorigem Jahr September bei mir, da hat er unter jeder Zeit einmal ein Hemd gewaschen, die ganze Woche nicht gewaschen. Ich habe öfters verboten nicht auf den Boden zu spucken, den Abort reinlich zu halten. Ach du lieber Gott, Wagen sind herumgefallen, die Stiefel auf den Füßen und Fenstern gepußt, den Saal zu einen Holzschopf gemacht, die Fenster nauß geschlagen, den Abort soweit als man naußlangen kann vollgemacht. Das sind halt ja Ruppige Verhältnisse, da sollte man das Maul halten? So seht ihr fast gerade aus.

Den Vorstand in Seebach möchte ich ans Herz legen, er möchte sich in Zukunft um seinen Betrieb, wo er arbeitet, kümmern, dort geht es mit die Messer gegeneinander; nicht nur bloß wegen Kost

...wonnern auch sonst. Er möchte sich in Zukunft bei derartigen Vorarbeiten besser erkundigen und nicht so sehr voreilig sein mit seinem Stempel. Dies wurde ihm auch in der gestrigen Versammlung vorgehalten von seinen Kollegen, das man derartige Federlumpen einem Bericht nicht abstampeln, auch möchte er sich seinen eingebildeten Haß aus den Kopf gehen lassen, weil er ihn zum Schluß nicht durchführen kann.

Soweit die Berichtigung. Neben dem Humor sträuben sich doch bei uns die Haare, wenn wir daran denken, daß die Geschäftsbriefe der Firma ähnlich aufgebaut sein könnten; der „10 Millionen Zins“ wird uns dadurch verständlich.

In der Sache selbst nehmen wir jedoch nichts mehr auf den Kollegen im übrigen Deutschland mag zur Beruhigung dienen, daß diese hinterwäldlerischen Verhältnisse nicht überall im Schwarzwald zu Hause sind.

Wetten. Am 14. Januar 1923 fand im Gasthaus zum „Bär“ unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Zur Tagesordnung standen: 1. Quartalsabrechnung, 2. Wahl der Vorstandschaft, 3. Anträge. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der kürzlich verstorbene Kollege Jol. W. N. n. i. n. g. e. r durch Erheben von den Sigen geehrt. Mit trefflichen Worten schilderte darauf Vorsitzender S. i. d. e. r nach einem kurzen Rückblick über das vergangene Jahr unsere derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage. Nachdem der Kassenbericht entgegengekommen und für richtig befunden war, wurde zur Neuwahl geschritten. Fast ausschließlich wurde die alte Vorstandschaft wiedergewählt, ein Zeichen, daß unsere Kollegen mit ihrer Führung am Orte und deren pflichttreuen Tätigkeit wohl zufrieden sind. Unter Punkt 3 der Tagesordnung wurden verschiedene örtliche Fragen bei sehr reger Diskussion geregelt und unter anderem ein einstimmiger Beschluß gefaßt, daß in Zukunft jedes unentschuldigete Fernbleiben von Quartalsversammlungen mit einer Strafe belegt wird, die in Geldform einem Liter Bier gleichkommt. Die so erzielten Beiträge werden ausschließlich für kranke, bedürftige Kollegen verwendet. Möge dieser Beschluß dazu beitragen, daß von nun an jede Versammlung so zahlreich besucht wird, wie diese Generalversammlung. Nachdem Kollege Franz Eid noch recht kernige Worte zu den Versammelten gesprochen hatte, appellierte Vorsitzender S. i. d. e. r in seinem Schlusswort noch an die Kollegen auch im neuen Jahr wieder kräftig mitzuarbeiten am Ausbau unserer Organisation und schloß darauf die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Besuch. Jahresversammlung am 14. Januar 1923. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Kassierers und Gewerkschaftsausschusses, Neuwahl des Gesamtvorstandes. Kollege Rufner eröffnete und gab den Bericht: Die gewerkschaftlichen Arbeiten wurden in 4 Sitzungen, 14 Versammlungen und 12 Branchensammlungen erledigt. Die verkehrte Politik, die im ganzen Reiche getrieben wird, hat uns nicht dorthin gelangen lassen, wo wir sein müßten. Durch die Bemühungen des Verbandes wurde erreicht, daß wir vom 12. Jan. bis 31. Dez. 1922 bei Pflaster und Schotter auf 42 000 Prozent, die Steinkohlen auf 34 000 Prozent gelangten. Die Konjunktur war bei den Steinkohlen schlecht. Die Agitation war gut, weil das Gewerkschaftsstatut Brandis den Beschluß herbeigeführt hatte, daß jeder Kollege, der im Steinbruch arbeitet und einem andern Verband angehört, überzutreten habe. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer. Kollege Keumüller berichtete über die Schwierigkeiten bei den Betriebsräten. Vorsitzender, Schriftführer und Kassierer wurden wiedergewählt; zu Respektoren: Reidel, Mäjer und Langhammer; Delegierter zum Gewerkschaftsstatut Leipzig: Kollege Rufner.

Steinach. Am 14. Januar hielt die Zahlstelle eine gut besuchte Versammlung ab. Die Tagesordnung war eine umfangreiche. Der Vorsitzende Einz gab den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Es war dies das arbeitsreichste, solange die Zahlstelle auf ihr Bestehen zurückblicken kann, denn Lohnverhandlungen, Schlichtungsausschussangelegenheiten, sowie Streits standen dauernd auf der Tagesordnung. Den Kassenbericht erstattete Kassierer Luthardt. Die Einnahme betrug mit dem Kassenbestand vom letzten Quartal 460 438,98 M., die Ausgabe 313 695,10 M., bleibt ein Kassenbestand von 146 743,88 M. Durch Revisionen waren Kasse und Bücher in bester Ordnung vorgefunden worden. In der Debatte wurde dem Antrag, dem Kassierer 1 M. pro Mille Zählgeder zu bewilligen, zugestimmt. In der Beitragsregelung für den Monat Februar wurde dem Verlangen der Zentralkasse Rechnung getragen. Außer dem Wochenbeitrag werden extra 60 M. Lokalbeitrag erhoben. Hieron erhalten Mitglieder in Krankheitsfällen bei Entrichtung der höchsten örtlichen Beiträge 400 M., der mittleren 300 M. und der untersten 200 M. täglich. Ferner erhalten Invaliden jährlich 6 Wochen Unterstützung, pro Tag 200 M. Erwerbslosenunterstützung und Sterbegeld gleich dem der Hauptklasse. Für die Leistungen der Zahlstellenfunktionäre wurde ihrem Antrage entsprechend, 10 Prozent der Einnahme bewilligt. Hierauf wurde zur Wahl geschritten. Vorsitzender Einz bittet, entgegen den Vorwürfen und dem schlechten Versammlungsbesuch der letzten Zeit halber, von einer Wiederwahl seiner Person Abstand zu nehmen. Trotzdem wurde er mit großer Mehrheit als bewährter Vorsitzender wiedergewählt, was auch bei dem bisherigen Kassierer und Schriftführer der Fall war. An Stelle des ausscheidenden Revisors wurde Kollege Richard Luthardt gewählt. Infolge Scheiterns der letzten Lohnverhandlung kam es zu einer Schlichtungsausschussung, die am 10. Januar stattgefunden hatte. Ueber deren Verlauf berichtet Kollege Matthäi. In seinen Ausführungen streifte er zunächst die Zusammenstellung der Beiträge und die Schwierigkeiten, mit denen die Lohnkommission zu kämpfen hatte. Die Arbeitgeber argumentierten mit Arbeitslosigkeit und so kam es zu dem Ergebnis, 25 Prozent vom 2. Januar bis 13. Januar auf den bisherigen Lohn und weitere 10 Prozent vom 15. bis 28. Januar. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher der Handlungsweise der Lohnkommission zugestimmt wurde. Nachdem noch einige betriebliche Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Düsseldorf. Am 13. Januar tagte im Volkshaus unsere diesjährige Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Kollege Jol. K. o. c. h. einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr. Dann bedauerte er den schlechten Besuch und das geringe Interesse der noch vorhandenen Kollegen an den regelmäßigen Versammlungen. Auch hier haben infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage ein Teil der Kollegen einen anderen Beruf ergreifen müssen. Im 1. Punkt der Tagesordnung wurde der bisherige Vorstand, Kollege Jol. K. o. c. h. als Vorsitzender und Kollege Karl Dittmann als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Zum 2. Punkte, Abschluß des 4. Quartals, gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Die Revisoren fanden bei Prüfung der Bücher alles in bester Ordnung. Der Vorsitzende sprach dem Kollegen Dittmann für seine musterhafte Buchführung den Dank aus. Die Versammlung erteilte demselben Entlastung. Zu Punkt 3 standen die Lohnverhandlungen der Kollegen in der Grabmalbranche zur Debatte. Die Unternehmer sollten doch endlich ohne langwierige und zerkleinernde Verhandlungen ihren Gehältern das Nötigste zum Leben zukommen lassen. Verstehen sie es doch sehr gut, dem laienhaften Publikum stets die hohe und alle andere vor Augen zu führen. Auch in den Preisregulierungen, die periodisch erfolgen, sind die Unternehmer nicht engherzig. Es wurde beschlossen, sofort wieder an die Unternehmer heranzutreten und erneut zu verhandeln. Der Vorsitzende hat die Kollegen, daß jeder im Interesse unseres Verbandes wirken möge.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(V. W. B.) Der Keulenschlag, den Franzosen und Belgier mit der Verletzung und wirtschaftlichen Fokierung des Ruhrgebiets gegen das deutsche Wirtschaftsleben führen, hat erfreulicherweise bisher am Kohlenmarkt nicht diejenigen katastrophalen Wirkungen gezeigt, die unsre Gegner hervorgerufen wollten. Wohl aber sind auf andern Gebieten der Wirtschaft erste Störungen aufgetreten, deren Befestigung augenblicklich die wichtigste wirtschaftspolitische Auf-

gabe unserer Regierung bildet. Es handelt sich in der Hauptsache um die Marktentwertung und ihre Rückwirkungen auf die Waren- und Lebensmittelmärkte. Die Reichsbank hat in der letzten Woche das ihr zur Verfügung stehende Devisenmaterial und darüber hinaus noch ausländische Kredite herangezogen, um der Mark eine Stütze zu geben. Sie hat damit insofern einen Erfolg erzielt, als sie die Devisenkurse stark gedrückt hat. Der Angriff gegen die Hausspekulation in ausländischen Zahlungsmitteln erfolgte diesmal gewissermaßen in Form eines Kesseltreibens. Die Reichsbank forderte die großen privaten Banken auf, künftig keine Kredite mehr auf Devisen zu geben. Sie drohte mit den schärfsten Maßnahmen gegen solche Institute, die sich dieser Forderung nicht fügen würden. Mit der Kreditbeschränkung war aber den Devisenspekulanten das Wasser abgegraben. Sie mußten Hals über Kopf ihre Engagements lösen und trugen damit selbst unfreiwillig zum Abbau der hohen Dollarkurse um bei. Die Reichsbank forderte die rückläufige Bewegung, indem sie erhebliche Devisenbeträge auf den Markt warf. Dieser Vorgang mag für die beteiligten Spekulanten recht unangenehm gewesen sein, er zeigt aber, daß die Reichsbank und die Regierung einen weitgehenden Einfluß auf die Bewegung der Devisenkurse bezw. auf den Markkurs ausüben könnten, wenn Deutschland durch ein Moratorium von längerer Dauer in die Lage versetzt würde, seine Geldverhältnisse aus eigener Kraft zu ordnen. Wenn natürlich die unsrer Industrie aus dem Exportgeschäft zustehenden Devisen sofort wieder eingesetzt und für Reparationszahlungen, d. h. auf deutsch für den Unterhalt der französisch-belgischen Armee ausgegeben werden, so kann eine Stabilisierung des Marktkurses niemals erreicht werden. Dieses Beispiel zeigt an sich schon zur Genüge, in wie hohem Maße alle Schichten des deutschen Volkes daran interessiert sind, daß nun endlich einmal in der Reparationsfrage reiner Tisch gemacht wird. Das deutsche Volk hat sich niemals gestraubt, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs eifrig mitzuarbeiten, es hat im Gegenteil immer wieder sehr brauchbare Vorschläge in dieser Richtung gemacht, die aber regelmäßig von der Gegenseite sabotiert wurden. Am Rhein und an der Ruhr verfolgen ja die Franzosen auch nichts weiter als reine imperialistische Ziele. Es kommt ihnen darauf an, der durch die Erpressung von Reparationskosten hochgezückelten französischen Schwerindustrie für alle Zeiten die Kugelnung an den deutschen Kohlenlagern und — was mindestens ebenso wichtig ist — die Ausbeutung der billigen deutschen Arbeitskräfte zu sichern. Verflannung der deutschen Wirtschaft und deutschen Arbeitermassen ist das Ziel jener brutalen Gewaltpolitik, die eine ganze Welt mit Schrecken erfüllt. Die rote Kraft hat aber noch nie in der Geschichte einen dauernden Sieg über das gute Recht und über den Widerstand geistig und moralisch hochstehender Völker davongetragen. Die meisten unzer früherer Kriegsgegner sind bereits zu dieser Erkenntnis gekommen und haben sich trotz aller Versprechungen Frankreichs an dem Versuche einer völligen Unterjochung Deutschlands nicht beteiligt. Das sollte auch den Kleinmütigen unter uns das Rückgrat stärken.

Mitgliederbewegung im 4. Quartal 1922.

Zugang:		
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1922	51 701	Mitglieder
Eingetreten im laufenden Quartal 1922	1 758	"
Uebgetreten von anderen Verbänden	548	"
Zugewert in den Zahlstellen	2 048	"
	56 098	Mitglieder
Abgang:		
Im laufenden Quartal ausgetreten	879	Mitglieder
Wegen rückständigen Beitrags gestrichen	249	"
Laut § 3 Absatz 5b ausgeschlossen	30	"
Zu anderen Verbänden ubgetreten	777	"
Abgetreten aus den Zahlstellen	2 286	"
Im 4. Quartal gestorben	68	"
	4 284	Mitglieder
Bestand und Zugang	56 098	Mitglieder
Abgang	4 284	"
Bestand am Schluß des 4. Quartals 1922	51 814	Mitglieder
Davon waren weibliche Mitglieder	924	"

Rundschau.

Soziales. Der Reichstag hat betreffs der Erwerbslosenunterstützung beschlossen:

- a) spätestens vom 15. Februar 1923 ab soll die Unterstützung für Erwerbslose in der Dristklasse A betragen:
 - 1. Für eine männliche Person über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern lebt, 1500 M. pro Tag. Sofern sie in dem Haushalt eines andern lebt, 1300 M. pro Tag und für eine männliche Person unter 21 Jahren 1100 M. pro Tag.
 - 2. Weibliche Personen sollen erhalten, wenn sie über 21 Jahre sind und nicht im Haushalt eines andern leben, 1400 M. pro Tag. Wenn sie im Haushalt eines andern leben, 1200 M. pro Tag und, wenn sie unter 21 Jahre sind, 1000 M. pro Tag.
 - 3. An Familienzuschlägen sollen gewährt werden: Für Ehegatten 800 M. pro Tag und für Kinder und sonstige unterstützungsbedürftige Personen 600 M. pro Tag.
- b) die Reichsregierung zu eruchen, dem Reichstag alsbald ein Schlüsselverfahren vorzuschlagen, das als Grundlage für die automatische Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsfähigkeit dient.

Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene. Die Förderung des Schutzes der Arbeiter vor schädlichen Berufskrankheiten ist heute notwendiger als je zuvor, denn dieses wichtige Gebiet der Sozialpolitik ist seit Ausbruch des Krieges ganz außerordentlich vernachlässigt worden und ferner bietet der sich schon durch die ungünstigen Ernährungsverhältnisse und schlechten Wohnungsverhältnisse stark beeinträchtigte Gesundheitszustand der Arbeiterchaft für zahlreiche Gewerbetrankeheiten einen nur zu günstigen Boden.

Die kürzlich gegründete Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, an der außer Reichs- und Staatsbehörden, Vereinigungen von Gewerbebetriebern, Gewerbetätigen, Vertretern wissenschaftlicher Institute u. a. auch Vertreter der Gewerkschaften teilgenommen haben, will allen Vereinigungen und Personen, die wissenschaftlich und praktisch an den Aufgaben der Gewerbehygiene interessiert sind, und bisher auf diesem Gebiete getrennt arbeiteten, die Möglichkeit zu einem gemeinsamen Vorgehen geben. Sie will noch ihren in diesen Tagen versandten Satzungen besonders durch die Förderung wissenschaftlicher Arbeiten, durch Unterstützung der Fachpresse, Belehrung in Ausbildungskursen und Vorträgen, durch die Abhaltung einer jährlichen allgemeinen Hauptversammlung tätig sein. Ferner strebt sie an, wissenschaftliche Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene in einer eignen von ihr herauszugehenden Zeitschrift zu verbreiten und die engste Zusammenarbeit mit dem Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., worüber zurzeit noch Verhandlungen stattfinden.

demit der Schutz der durch Berufskrankheiten bedrohten Arbeiter wesentlich gefördert wird. Auch der Zentralverband der Steinarbeiter ist an dieser Frage lebhaft interessiert, er wird sich ebenfalls dieser Gesellschaft zur Mitarbeit anschließen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Aufforderung. Der Kollege Ernst Reubner aus Dresden, zuletzt in Bremen, soll seinen Geschwistern Adresse angeben. Die Geschwister konnten nicht einmal den Tod der Mutter mitteilen.
Münberg. Das Mitgliedsbuch Nr. 57 481 des Hans K o. b. e. r wurde samt dem Wochenlohn des Kollegen gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Kaffeter St. E. n. d. r. e. h. , Fichtestr. 44, III.
Hemsbach (Odenwaldsbezirk). Am 1. Februar löste sich hinter dem Anwesen des Kollegen Georg Fettsch in Unterhambach bei Heppenheim eine größere Felsmasse vom Berg ab und verschüttete das Anwesen desselben. Das Wohnhaus ist schwer beschädigt, Scheune und Stallung liegen vollständig in Trümmer. Vier Ziegen und ein Schwein liegen unter dem Schutthaufen begraben. Dem Kollegen ist es unmöglich, ohne fremde Hilfe den gewaltigen Schutthaufen zu beiseitigen, geschweige die zerklüfteten Gebäulichkeiten zu erstellen.
Die Zahlstellen des Bezirks werden gebeten, für ihren Bereich Sammelstellen herauszugeben und die Gelder sofort an den Unterzeichneten einzuliefern. Die Bezirksleitung.
J. A.: Friedrich Weidenhammer, Hemsbach, a. d. Bergstr.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Trotz wiederholter Bekanntgabe und Aufforderung stehen noch die Abrechnungen des 4. Quartals von folgenden Orten aus:
1. Gau: Greifswald.
2. Gau: Landeb.
3. Gau: Altdorf, Eiberfeld, Sinzig.
4. Gau: Contwig, Pforzheim, Weiterdingen.
5. Gau: Eigelberg, Triebendorf.
6. Gau: Feh-Kirchhausen, Rirn, Steeden.
Vom 1. März an treten erhöhte Postgebühren in Kraft.

Adressenänderungen.

- 6. Gau.
Maulbronn. Kass.: Paul Böh.
Gumbsweller, Post St. Julian (Walg). Vorf.: Eugen Schneider, Kass.: Ditto Jung.
- 7. Gau.
Kelheim. Vorf.: Johann Jöbst, E. 90.
- 8. Gau.
Augsburg. Vorf.: Joseph Sage, Augsburg 12, Schmutterstr. 25, I.
Dietenhau. Kass.: Georg Seubert, Steinhauer.
Reifenhausen. Kass.: August Marquard.
- 9. Gau.
Badnstein a. Bahn. Vorf.: Jakob Rehring, Cramburg, Post Badnstein; Kass.: Wih. Messert, Cramburg, Johannistr. 60.
Steinper (K. Viebenkopf). Vorf. u. Kass.: Rudolf Dittmann.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Erlösung von der Schwangerschaft. (Luise Otto.) Ein Ratgeber für Eheleute. 32 Seiten. Grundpreis: 25 Pfg. (x 700). Verlag: Buchhandlung Volkstimme, Magdeburg. Erlösung von der Schwangerschaft nennt sich eine Schrift, die ein auch in gewöhnlichen Zeitläuften für Eheleute immer interessantes Thema behandelt, jetzt aber noch mehr Leser finden dürfte. An Schriften dieser Art ist ja kein Mangel. Aber es wird nur wenige Bücher geben, die das heikle Thema mit solchem Ernst und so hoher Sachkunde behandeln wie dieses Buch von Luise Otto. Es wendet sich in erster Linie an Arbeiter und ihre Frauen, und zeigt den Lesern und Leserinnen, wie sie durch Selbstsucht und mit natürlichen Mitteln den Geschlechtsverkehr regeln können. Das ein Arbeiter-Verlag das Best herausbringt, sollte für seinen Wert bürgen.

Briefkasten.

K. G. 1. Rein. 2. Rein. Beides ließe sich wohl durchsehen. Ersteres mit dem Arbeitgeber, wenn er nicht engherzig und phillisterhaft in Familienrechtsfragen veranlagt ist. Ein Zwang für die Gewährung besteht jedoch nicht. Das Zweite erfordert unter Umständen Lauferei von Pontius zu Pilatus. Eine begründete Eingabe an das zuständige Finanzamt ist zu empfehlen, welches dann eventuell für den Arbeitgeber den zulässigen Abzug anweist. Das Gesetz spricht allerdings nur von Ehegatten. Ein Verluß schadet jedoch nichts.
Großhgr. Die Darstellung des Finanzamts ist verwaltungstechnisch richtig, in der Gesetzgebung ist davon aber nichts gesagt. Nach dieser Auskunft laß es nur auf sich beruhen. Ein Ausgleich soll jetzt neuerdings stattfinden.

Anzeigen

Granit- od. Marmorsteinmetz der auch im Bedienen der Schürscheide und der Schleifmaschine bewandert ist, ver sofort gesucht. Lohn nach Tarif, a. 3. 1088 M. die Stunde. Jacobowitz, Marmor-Industrie Gietwitz (Deutsch-Ober-schlesien), Kridelstrasse 18. Ihm sofort Schrift schicken Leder nach meiner Methode. Franz Siegler, Glessen (Hessen), Löhner Strasse 37.	Tücht. Granitschleifer sollt für dauernd verlangt. Neuköllner Marmor- und Granit-Industrie Michael Müller, Neukölln, Hermannstr. 2. Wir suchen zum sofort. Eintritt eintage tüchtige Granitsteinmehnen. Schmiede bevorzugt. — Für Selbige ist Stimmer vorhanden. Süd-Deutsche Feinindustrie Friesinger & Metzger Geuiglofen-Ronnenbach am Bodensee
--	--

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelebt werden.
In Berlin am 13. Januar der Schleifer Karl **Batand**, 74 Jahre alt. Unterleibstrebs; am 8. Februar der Sandsteinmetz **Dito Heinsel**, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Strehlen am 1. Februar der Steinmetz Paul **Bäcker**, 28 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Obermerdis am 2. Februar der Steinmetz Wilhelm **Spilke**, 27 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Reichenhausen am 4. Februar der Sandsteinmetz Anton **Büttner**, 49 Jahre alt, Herzschlag.
In Büchelberg am 6. Februar der Brecher Peter **Heim**, 38 Jahre alt, Betriebsunfall.
In Felsenbach am 9. Februar den Sandsteinmetz Ludwig **Seub**, 43 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Alvensleben am 11. Februar der Sandsteinmetz Heinrich **Tieleke**, 58 Jahre alt, Lungentuberkulose.
E h r e i b r e m A n d e n t e n

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.